

Herrn Landesrat
Mag. Siegmund Stemer
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, 24. September 2012

LehrerInnen fühlen sich von der Politik im Stich gelassen

Sehr geehrter Herr Landesrat!

Die Kündigung des langjährigen und engagierten Direktors der Mittelschule Baumgarten in Dornbirn wirft viele Fragen auf. Als Auslöser bezeichnete Wirth den Eingriff in seine Stundenplanung für das kommende Schuljahr. Als eine der Ursachen nannte er Ihre ablehnende Haltung zum Thema der gemeinsamen Schule. Nicht nur Wirth, sondern auch viele der MittelschullehrerInnen haben gehofft und hoffen, dass die Mittelschule in die gemeinsame Schule mündet. Den LehrerInnen ist durchaus klar, dass die Mittelschule als Nachfolgerin der Hauptschule mit einigen Verbesserungen aufwarten kann. Das Grundübel ist aber die Trennung der 10- bis 14-Jährigen, die den MittelschullehrerInnen einen überproportionalen hohen Anteil an Kindern aus bildungsfernen Familien überlässt.

Der Versuch des Eingriffs in die Stundenplanung ist aus unserer Sicht ein nicht zu entschuldigender Vorgang, auch wenn er nicht von Ihnen, sondern über Ihre Bitte von der Landesschulinspektorin Karin Engstler gemacht wurde.

Auch ein anderer Direktor fühlte sich von der Politik im Stich gelassen. Der Direktor der HTL Bregenz sah keine Möglichkeit mehr unter den jetzigen Bedingungen seine Arbeit zu verrichten und trat aus Protest zurück.

Aus diesem Grund richte ich gemäß § 54 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages folgende

Anfrage

an Sie:

1. Wie rechtfertigen Sie Ihre Bitte an LSI Engstler, mit Dir. Franz Wirth über den Stundenplan nochmals ein Gespräch zu führen, nur weil eine junge Lehrerin ihre Wünsche nicht berücksichtigt sah?
2. Glauben Sie nicht, dass schulinterne Angelegenheiten wie die Stundenplanerstellung ganz in der Hand der DirektorInnen bleiben müssen, wenn man von verstärkter Schulautonomie spricht?
3. Glauben Sie, dass die Verbesserungen im Mittelschulbereich den Weg zur gemeinsamen Schule ersetzen?
4. Lehnen Sie die gemeinsame Schule weiterhin ab und werden Sie sich weiterhin gegen ein solches Modellprojekt in Vorarlberg stellen?
5. Wie wollen Sie den von Franz Wirth befürchteten Nachteil der Mittelschulen gegenüber den Gymnasien, nämlich überproportional viele Kinder aus bildungsfernen Familien ausbilden zu müssen, wettmachen?
6. Glauben Sie nicht, dass mit einer Stärkung und Unterstützung von Seiten des Landesschulrates eine Kündigung des HTL-Direktors Berzler vermeidbar gewesen wäre?
7. Was muss von Ihrer Seite getan werden, um Volks- und MittelschuldirektorInnen in ihrer Arbeit zu unterstützen?

LAbg. Dr. Gabi Sprickler-Falschlunger

BEANTWORTUNG DURCH LANDESRAT MAG. SIEGI STEMER

Bregenz, am 15. Oktober 2012

Frau Landtagsabgeordnete Dr. Gabi Sprickler-Falschlunger
SPÖ Landtagsclub
Im Haus

**Anfrage gemäß § 54 GO d LT vom 24. September 2012, 29.01.369
„LehrerInnen fühlen sich von der Politik im Stich gelassen“**

Sehr geehrte Frau Landtagsabgeordnete,

da Ihre Anfrage vom 24. September 2012 gemäß § 54 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages teilweise Agenden des Bundes betrifft, werden die entsprechenden Fragen außerparlamentarisch beantwortet.

Fragen 1 und 2

Wie rechtfertigen Sie Ihre Bitte an LSI Engstler, mit Dir. Franz Wirth über den Stundenplan nochmals ein Gespräch zu führen, nur weil eine junge Lehrerin ihre Wünsche nicht berücksichtigt sah? Glauben Sie nicht, dass schulinterne Angelegenheiten wie die Stundenplanerstellung ganz in der Hand der DirektorInnen bleiben müssen, wenn man von verstärkter Schulautonomie spricht?

Zunächst ist festzuhalten, dass es nicht um die Frage des Stundenplanes, sondern um die nachträgliche Veränderung der Lehrfächerverteilung einer Lehrperson ging.

Die Lehrfächerverteilung ist eine Angelegenheit der inneren Schulorganisation und obliegt dem Schulleiter / der Schulleiterin. Er hat dabei nach ausdrücklicher gesetzlicher Anordnung neben pädagogischen und didaktischen Grundsätzen sowie den Vorschriften über die Lehrverpflichtung und Lehrbefähigung auch damit vereinbare Wünsche der Lehrer zu berücksichtigen. Er ist verpflichtet, mit der Personalvertretung das Einvernehmen herzustellen und die Lehrfächerverteilung dem Bezirksschulrat vorzulegen.

Anfragen von Lehrpersonen hinsichtlich der Lehrfächerverteilung sind nicht ungewöhnlich und es ist meine Pflicht als Amtsführender Präsident des Landesschulrates, derartige Vorbringen zu prüfen und diesen durch die mir unterstellten Organe des Landesschulrates nachzugehen.

Beim konkreten Fall wurde die Landesschulinspektorin gebeten, die Sache „anzuschauen“. Bei ihrem Gespräch mit dem Direktor handelte es sich um keine Weisung und auch keine Aufforderung. Die Entscheidung für oder gegen eine Änderung ist allein beim Schulleiter geblieben.

Fragen 3 und 4

Glauben Sie, dass die Verbesserungen im Mittelschulbereich den Weg zur gemeinsamen Schule ersetzen? Lehnen Sie die gemeinsame Schule weiterhin ab und werden Sie sich weiterhin gegen ein solches Modellprojekt in Vorarlberg stellen?

Die Verbesserungen im Mittelschulbereich zielen besonders auf die höhere Durchlässigkeit nach der 8. Schulstufe ab. Die deutliche Erhöhung der Zahl der Berechtigungen für eine höhere Schule im letzten Jahr bestätigt diese Zielsetzung.

Die veränderte Pädagogik als Kernelement der Neuen Mittelschule setzt auf die Individualisierung und Kompetenzorientierung und auf mehr Selbständigkeit der Schüler/innen; Elemente, die die Wirtschaft von den heutigen Jugendlichen fordert. Individualisierung und Kompetenzorientierung dürfen sich allerdings nicht auf eine Schulart beschränken.

In der angesprochenen Frage geht es nicht um Ablehnung eines Modells, sondern um die notwendigen Voraussetzungen, dass ein derartiges Vorhaben gut gelingen kann. Jedenfalls müssen alle Modellüberlegungen das Ziel einer chancengerechten Schule haben. Dafür kommen verschiedene Wege in Frage.

Frage 5:

Wie wollen Sie den von Franz Wirth befürchteten Nachteil der Mittelschulen gegenüber den Gymnasien, nämlich überproportional viele Kinder aus bildungsfernen Familien ausbilden zu müssen, wettmachen?

In Vorarlberg ist die „Gymnasialquote“ in den letzten Jahren unverändert und im Vergleich mit anderen Ländern niedrig. Infolge dessen ist die Zahl besonders begabter Kinder in den Hauptschulen bzw. jetzigen Mittelschulen überdurchschnittlich hoch. Das Ganze ist eher ein „urbanes“ Problem und hat auch mit der unbefriedigenden Situation zu tun, dass derzeit nur die Ziffernote in den 4. Klassen Volksschule als Entscheidungsgrundlage dient.

Außerdem muss man deutlich zwischen einzelnen Mittelschulen unterscheiden. Mittelschulen am Land bzw. in Stadtnähe bilden die Bevölkerungsschichten in der jeweiligen Region gut ab. Die Situation der Mittelschulen in den Städten Vorarlbergs steht mit der Situierung der Gymnasien in direktem Zusammenhang. Eine Veränderung kann über die erhöhte Akzeptanz der Mittelschule und klare, objektive Zugangsbedingungen erreicht werden.

Derzeit werden auch Modelle mit der Vorgabe „Schul- und Lebensraum für 6-14 Jährige“ diskutiert. Dabei steht das Bemühen im Vordergrund, einen gelingenden „Bildungsverlauf“ Kindergarten-Volksschule-Mittelschule zu organisieren. Derartige Modelle unterstütze ich ausdrücklich.

Die pädagogischen Konzepte werden überzeugen. Die Thematik der Integration von Jugendlichen mit verschiedenen Muttersprachen sowie die unterschiedlichen Bildungsinteressen der Eltern müssen von allen Verantwortlichen gemeinsam gelöst werden; vor allem früh und nachhaltig.

Frage 6:

Glauben Sie nicht, dass mit einer Stärkung und Unterstützung von Seiten des Landesschulrates eine Kündigung des HTL-Direktors Berzler vermeidbar gewesen wäre?

Zunächst ist fest zu halten, dass Direktor Berzler nicht gekündigt, sondern seine Funktion als Schulleiter zurückgelegt hat. Der Rücktritt als Schulleiter ist bedauerlich. Die Amtsdirektorin des Landesschulrates hat in dieser Angelegenheit mehrfach Kompromisse gesucht.

Das ausschlaggebende Modell im Werkstättenunterricht, das den Rücktritt auslöste, war ein Vorschlag mit Einsparung von Werteinheiten bei der Gruppenteilung in den Elektrowerkstätten, der jedoch nicht der geltenden Bundesverordnung entspricht und auch keinen Konsens mit den betroffenen Lehrer/innen erfahren hat. Die zuständige Schulaufsicht konnte deshalb nicht verantworten, dem Modell zuzustimmen. Kompromissvorschläge hat die Schulleitung abgelehnt.

In der Zwischenzeit wurde ein neues Modell der Gruppenteilung festgelegt, das der geltenden Verordnung entspricht, werteinheitensparend wirkt und den Konsens der Elektrofachleute der Schule erfährt. Ebenso ist seitens des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur ein Erlass in Aussicht gestellt, der eine grundsätzliche österreichweite Klärung in dieser Frage bringen wird.

Frage 7:

Was muss von Ihrer Seite getan werden, um Volks- und MittelschuldirektorInnen in ihrer Arbeit zu unterstützen?

Von entscheidender Bedeutung ist es, Leiterinnen und Leiter gut auf ihre umfassenden Aufgaben vorzubereiten und sie dabei zu begleiten. Diese Zielsetzung hat der Lehrgang „Führen und Leiten“, der von der Pädagogischen Hochschule seit einigen Jahren mit positiven Erfahrungen durchgeführt wird. Außerdem sind Lösungen für eine Entlastung der SchulleiterInnen von administrativen Tätigkeiten herbeizuführen. Weiters müssen finanzielle Anreize für die Wahrnehmung der Funktion einer Schulleiterin/eines Schulleiters geschaffen werden. Beide – von der Vorarlberger Landesregierung seit Jahren erhobene – Forderungen werden im neuen Lehrer-Dienstrecht, das derzeit verhandelt wird, umzusetzen sein.

Das Land Vorarlberg leistet in diesen zwei Kernfragen schon sehr viel. Unter anderem wird DirektorInnen jährlich eine einmalige Funktionsvergütung aus Landesmitteln gewährt. Des Weiteren stellt die Landesregierung zur Entlastung der LeiterInnen aller allgemein bildenden Pflichtschulen ab fünf Klassen rund 170 Wochenstunden, das entspricht ca. 12000 Verwaltungsstunden pro Schuljahr für die administrative Entlastung zur Verfügung. Diese Stunden sind für Lehrpersonen vorgesehen, damit diese wenigstens teilweise die SchulleiterInnen von administrativen Tätigkeiten entlasten. Ist diese Möglichkeit nicht gegeben, besteht die Variante eine teilweise vom Land Vorarlberg geförderte administrative Unterstützung über die Gemeinde zu organisieren.

Mit freundlichen Grüßen
Landesrat Mag. Siegi Stemer